STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.kla.tv
Jeden Abend ab 19.45 Uhr

~ AUSGABE 34/2021 ~
STAATSMEDIEN: NEIN!

HAND-EXPRESS

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

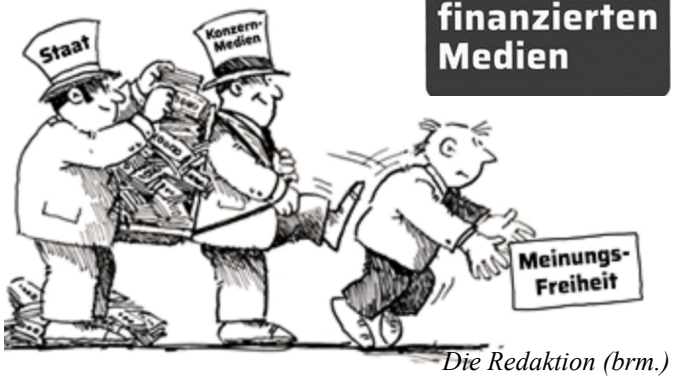
INTRO

mfg. *Das Schweizer Parlament beschloss am 18.6.2021, mit einem Maßnahmenpaket, die staatliche Medienförderung mit zusätzlichen 125 Mio. Franken pro Jahr massiv auszubauen. Sinkende Erträge würden den Medien zu schaffen machen. Die Medien seien für die direkte Demokratie von zentraler Bedeutung. Um die Rahmenbedingungen zu verbessern und ein vielfältiges Angebot in den Regionen zu fördern, müssten die Medien unterstützt werden. Nebst dem Ausbau der indirekten Presseförderung hat das Parlament eine Unterstützung von Online-Medien, sowie allgemeine Maßnahmen zugunsten der elektronischen Medien beschlossen. Damit würden die privaten Medien die Steuerzahler jedes Jahr rund 400 Mio. Franken kosten. Zusammen mit den SRG-Gebühren ergibt dies jährlich satte 1,7 Milliarden Franken! Gegen das neue Medienförderungsgesetz hat der Verein „NEIN zu staatlich finanzierten Medien" das Referendum ergriffen. Weshalb S&G-, Kla.TV- und AZK-Gründer Ivo Sasek das Referendum ebenfalls unterstützt, lesen Sie u.a. in dieser Ausgabe.*

JETZT REFERENDUM UNTERSTÜTZEN

Staatsmedien-nein.ch

NEIN zu staatlich finanzierten Medien



Die Redaktion (brm.)

Staatlich finanzierte Medien? Jetzt reicht`s!

Am 12.7.2021 rief Ivo Sasek auf Kla.TV die stimmberechtigten Schweizer dazu auf, das Referendum „NEIN zu staatlich finanzierten Medien" zu unterstützen. Nachfolgend eine gekürzte Fassung seines Aufrufes:

„Nachdem unsere jährlichen Medien-Zwangsgebühren gerade eben in astronomische Höhen gezwungen wurden, dass meine Eltern davon noch volle drei Monatsmieten für ihre kleine Wohnung hätten bezahlen können, sollen Herr und Frau Schweizer die Zwangsmedien nun auch noch per Extra-Mediensteuer subventionieren. Diese beabsichtigte Medienförderung ist allerdings ein eklatanter Verfassungsbruch.

Unsere Bundesverfassung hält in Artikel 93 unmissverständlich fest, dass der Bund ausschließlich Radio und Fernsehen unterstützen darf – also weder Presse – noch Internetangebote. Daher muss festgestellt werden, dass das Medien-Subventionspaket eine krasse Zuwiderhandlung gegen unsere Bundesverfassung ist. [...] Sogar die Wettbewerbskommission (Weko) hat die Geldverteilung als „verfassungswidrig" gerügt, ebenso als „wettbewerbsverzerrend" und „ineffizient". Sie beantragte beim Bundesrat daher die vollumfängliche Streichung des Ausbaus dieser Subventionen.

Ungeachtet dessen setzte Medienministerin Sommaruga die direkte Förderung der Online-Medien durch. Doch jede Form der direkten Medienförderung ist ein eindeutiger Verfassungsbruch, ein absolutes „No-Go". Darum darf dieses Vorhaben so keinesfalls einfach hingenommen werden. Das Ganze ist eine staatspolitische Ungeheuerlichkeit. [...]

Widersinnigerweise würden die angestrebten Mediensubventionen in Milliardenhöhe nämlich vor allem die Taschen der großen Verlage füllen. Die Verlage in der Schweiz kassieren schon heute jährlich über 50 Millionen Franken für die Verbilligung der Zustelltaxen und 81 Millionen Franken als Anteil aus den SRG-Gebühren. Weitere 130 Millionen Franken schenkt ihnen der Bund durch einen reduzierten Mehrwertsteuersatz. Jetzt sollen diese Subventionen nochmals um 125 Millionen Franken aufgestockt werden? Übrigens dies auch noch gleich fix für sieben Jahre – sprich: Voraussehbar für immer. Aber so nicht mit uns!

Überdeutlich zeigt sich, dass mit nochmals zusätzlichen Pflichtsubventionen die wichtige Funktion, z.B. der Medien, als „Vierte Gewalt" im Staat untergraben würde. Die Medien würden auf diesem Weg abermals regelrecht gekauft und könnten daher unmöglich eine nüchterne und unabhängige Wächterfunktion gegenüber Politik und Verwaltung ausüben.

Eine derartige Staatsabhängigkeit wäre doch eine mega Zusatzverwicklung in noch mehr Interessenskonflikte. Ich sagte *noch mehr*! Sie haben davon schon reichlich genug, was die tägliche Pharmapropaganda doch unwiderlegbar beweist. Überdies verfielen unsere Zwangsabgabemedien dadurch noch restloser der Unglaubwürdigkeit für das Volk. Jeder weiß doch: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing." [...]

Staatsabhängige Medien sind demokratiefeindlich!

„Besonders feindlich ist, dass Gratiszeitungen und kostenlose Online-Medien bewusst von Subventionen ausgeschlossen werden und bleiben. Damit zementiert aber der Staat die bestehenden Medienmonopole und zwar zu Lasten kleiner privater Angebote sowie lokaler und regionaler Initiativen und, und, und."

Und darum braucht es dringend dieses Referendum!

Und es darf einfach nicht so weit kommen, dass zusätzliche Milliarden aus der Bundeskasse hauptsächlich in die Kassen ohnehin reicher Großverleger und ihrer Aktionäre fließen. [...]

„Drucken Sie daher den Referendumsbogen auf der Webseite *www.staatsmedien-nein.ch* aus. Unterschreiben Sie ihn und sammeln Sie so viele Unterschriften als möglich gegen die Gier der Verleger und die Verprassung unserer Steuergelder."

WICHTIG: Unterschriftenbogen bis spätestens 1.Oktober 2021 einsenden! Vollständiger Aufruf unter: *www.kla.tv/19224*

„Bereits jetzt sind viele Journalisten nur wenig kritisch gegenüber der Staatsmacht. Mit diesem Mediengesetz drohen sie zu Schoßhündchen zu werden."
Ronnie Grob, Chefredakteur Schweizer Monat

Virenwarnung! *Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!*

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter! Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an **SuG@infopool.info**

Medienschaffende gegen weitere Staatsgelder

Manifest gegen staatliche Medienförderung: „Wir Medienschaffenden sind die zuallererst Betroffenen von der geplanten zusätzlichen indirekten und neuen direkten Finanzierung von Medien durch den Bund. Damit geht die für unseren Beruf unabdingbare Distanz zum Staat und seinen Verantwortlichen vollständig verloren. Gerade wir Journalisten haben ein Interesse an Medien, die von staatlichen Erwartungen und Geldern unabhängig sind. Wir haben ein Interesse an umfassender Medienfreiheit. Sie ist der Schutz unseres Berufes.

Wir brauchen die Medienfreiheit in unserem Alltag: Bei der Recherche, beim Fragen stellen, Schreiben und Kommentieren. Ohne Distanz zum Gegenstand unserer Berichterstattung gibt es keinen glaubwürdigen Journalismus. Ohne glaubwürdigen Journalismus gibt es kein Vertrauen der Medienkonsumenten in unsere Arbeit.

Unsere Leser, Zuhörer und Zuschauer, unsere Demokratie und unsere politischen Prozesse sind aber auf einen vielfältigen, unbequemen und unabhängigen Journalismus angewiesen."

Quelle: *www.freie-medien.ch/*

„Wahrhaftigkeit und sorgfältige Recherche, das Hinterfragen von Aussagen der Regierung, der Schutz der Ehre und die Achtung der Würde von Menschen, die Prüfung der Informationsquellen, das Vermeiden sensationeller Darstellungen, die überzogene Hoffnungen oder Befürchtungen wecken könnten, all das sollte den journalistischen Berufsethos prägen."

Wiltrud Schwetje, Redakteurin von Corona Transition

Strafanzeige gegen SRF wegen Schreckung der Bevölkerung

pb./rb. Doktor Kai von Massenbach, Ökonom und Psychologe, hat Strafanzeige gegen das Fernsehen SRF erstattet. Die Sendung „Puls" vom 1.3.2021, behauptete ohne wissenschaftlichen Nachweis, dass ein Viertel der infizierten Covid- Erkrankten später von „Long Covid" betroffen sein werden. Die Folgen davon seien langanhaltende Spätschäden, die sich in unerklärbaren Erschöpfungszuständen oder Depressionen äußern würden. Herr Massenbach macht in seiner Strafanzeige den Straftatbestand gegen Artikel 258 im Strafgesetzbuch geltend: „Wer die Bevölkerung durch Androhen oder Vorspiegeln einer Gefahr für Leib, Leben oder Eigentum in Schrecken versetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe bestraft." Denn eine derartig unreflektierte Berichterstattung über mögliche Krankheitsverläufe könne den sogenannten „Nocebo-Effekt" auslösen bei dem jemand erkrankt, ohne dass er ein echtes, sondern nur ein Scheinmedikament bekommen hat. Aus diesem Grund seien alle Bürger der Schweiz potenzielle Opfer der Schadwirkung der Sendung und könnten Anklage erheben. Die „Swiss Corona Stress Studie" der Universität Basel stellte fest, dass sich die maximalen Stresswerte in der Bevölkerung seit Beginn der Pandemie verdoppelt hätten, wobei 90 % der betroffenen Personen gar keinen Kontakt mit Covid-19 gehabt hätten und trotzdem an den zu „Long Covid" gehörenden Symptomen leiden.

Quellen: *www.kla.tv/19110 | https://corona-transition.org/strafanzeige-gegen-das-fernsehen-srf-wegen-schreckung-der-bevolkerung*

Aktuelle Volksinitiativen für Schweizer Stimmberechtigte:

1. „Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit" (STOPP Impfpflicht)

Unterschriftsbogen unter: *https://fbschweiz.ch/index.php/de/stopp-impfpflicht-de*

2. „Bargeld ist Freiheit"

Die zwei wichtigsten Argumente für diese neue Volksinitiative: Bargeld ist Freiheit, weil es überall und immer einsetzbar und brauchbar ist. Bargeld fördert die Unabhängigkeit, weil wir nicht von technischen Systemen (Strom, Kartenleser, Internet) abhängig sind.

Unterschriftsbogen unter: *https://fbschweiz.ch/index.php/de/bargeld-de*

CH-Volksabstimmung 26.9.2021: Kinder auf Bestellung? Nein zur Samenspende und Ehe für alle

db./bb. Im Jahr 2007 trat in der Schweiz das sogenannte Partnerschaftsgesetz in Kraft, welches gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht, ihre Partnerschaft beim Zivilstandsamt ihrer Wohngemeinde eintragen zu lassen. Diese Eintragung stellt gleichgeschlechtliche Paare weitestgehend Ehepaaren gleich. Unterschiede gegenüber einer zivilrechtlichen Ehe bestehen namentlich bei der Einbürgerung der Partnerin bzw. des Partners, bei der Adoption von Kindern sowie beim Zugang zur Fortpflanzungsmedizin. Diese Ungleichheit möchten der Bundesrat und das Parlament nun beseitigen und die Ehe für alle Paare öffnen. Da die „Ehe für alle" inklusive Samenspende für lesbische Paare zu gesetzlich vorgesehener Vaterlosigkeit und Identitätsproblemen für die betroffenen Kinder führe, lehnt das Referendumskomitee „Nein zur Ehe für alle", zum Schutz des Kindeswohl die Annahme des neuen Gesetzes ab. Nachfolgend drei Kurzargumente des Referendumskomitees:

Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau

Bundesgericht und Bundesrat haben das Recht auf Ehe stets als eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau interpretiert (Art. 14 Bundesverfassung). Nur die Verbindung von Mann und Frau hat aus sich heraus die Fähigkeit zur Weitergabe des Lebens, weshalb sie als zentraler Eckpfeiler von Gesellschaft und Staat zu schützen ist. Die „Ehe für alle" mit einer bloßen Gesetzesänderung einzuführen, ist klar verfassungswidrig!

Kindeswohl bleibt auf der Strecke

Die Samenspende wird vom medizinischen Ausnahmefall zum gesetzlichen Regelfall – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Kinder. Das Recht, seine beiden biologischen Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden, bleibt den Kindern bis zum 18. Lebensjahr grundsätzlich verwehrt. Dabei ist die Verwurzelung in der Ursprungsfamilie für die kindliche Identitätsbildung zentral. Die Samenspende soll darum die Ausnahme bleiben. Kinder brauchen Vorbilder von beiden Geschlechtern – die Samenspende für lesbische Paare verwehrt ihnen jedoch per Gesetz den Vater.

Leihmutterschaft als nächstes?

Indem „Unfruchtbarkeit" in der Gesetzesvorlage verfassungswidrig in „unerfüllten Kinderwunsch" umgedeutet wird, können sich künftig auch weitere Gruppen (Alleinstehende, schwule Paare) auf ihren unerfüllten Kinderwunsch berufen. Bald dürften Forderungen nach der Eizellenspende und der ethisch inakzeptablen Leihmutterschaft folgen.

Darum am 26. September 2021 NEIN zur Ehe für alle!

Quellen: *www.kla.tv/19677 | https://ehefueralle-nein.ch/*

Schlusspunkt ●

Schlusswort von Ivo Saseks Aufruf „Staatlich finanzierte Medien? Jetzt reicht`s!": „Kämpfen Sie vor allem gegen den Ausverkauf unserer Meinungsfreiheit und die Gefährdung unserer direkten Demokratie. Weil, ohne freie und unabhängige Mainstream-Medien kann es keine mündig differenzierende Öffentlichkeit geben. Und ohne mündig differenzierende Öffentlichkeit kann es keine Demokratie geben, so einfach ist das. Ich danke Ihnen dafür." *Vollständiger Aufruf unter:* ***www.kla.tv/19224***

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk"? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: *4.9.21*
S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:
Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.
Redaktionsadresse:
Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen:
ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info
Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

www.anti-zensur.info www.kla.tv www.panorama-film.ch www.stimmvereinigung.org www.agb-antigenozidbewegung.de www.sasek.tv